

Niederschrift

zur 5. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 04.12.2014	18:33- 20:14 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz CDU-Fraktion

Karin Lehmann,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Janett Seiler,

CDU-Fraktion

Jürgen Teichmann bis 20.00 Uhr,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher, Christina Krüger, Anja Miethke,

SPD-Fraktion

Katja Dost, Elke Wagner,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker,

Sachkundige BürgerInnen

Anja Koschorke, Marion Römer, Klaus Runge,

Gäste

Schulleiterin der Gerhard Goßmann-Grundschule Frau Langmeier, Schulleiterin der Sonnengrundschule Frau Wendt, Stellvertretene Schulleiterin der Sigmund-Jähn-Grundschule Frau Jänicke, Herr Strohbach vom Jugendclub Nord, Herr Liebsch von ALLEGROEVENT, 5 weitere Gäste und Frau Jennings von der MOZ

Verwaltung

Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Herr Roch, Fachgruppenleiter Soziales und Bildung Herr Politz, Frau Stein fürs Protokoll

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet um 18:33 Uhr die 5. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind alle 13 stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Hr. Politz bittet die TO um einen TOP zu erweitern. Er möchte über den aktuellen Sachstand zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion „Vorverlegung des Schwimmunterrichts in die Jahrgangsstufe 1 und 2“ informieren. Die **Vorsitzende** schlägt dazu den TOP 6.7 vor.

Zustimmung mit Änderung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 4. Sitzung vom 16.10.2014

Fr. Fiedler bittet die Anwesenheit des Stadtverordneten Hamacher in der letzten Sitzung zu prüfen und verweist auf den Zusatz im TOP 6.2 der Niederschrift. **Hr. Hamacher** selbst bestätigt seine Anwesenheit vom Anfang der Sitzung.

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Fr. Lehmann informiert, dass die heutige Sitzordnung der Fraktionen zukünftig im Stadtentwicklungsausschuss und im Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen so beibehalten wird.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Vorstellung des Konzepts für die Betreuung der Parkbühne (BE: Herr Liebsch)

Herr Ricardo Liebsch, Inhaber von ALLEGROEVENT hat gemeinsam mit Herrn Jan Preuß ein Konzept zur Parkbühne Fürstenwalde entwickelt, das er heute inhaltlich vorstellt. Das Skript wird als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

TOP 6.2 Vergabe des Preises für Soziales Engagement

Fr. Fiedler bringt den Vorschlag ihrer Fraktion DIE LINKE für den Preis für das Soziale Engagement ein, worauf **Fr. Wagner** hinweist, dass der Preis hauptsächlich für die ehrenamtliche Arbeit vergeben wird. Daraufhin macht **Hr. Politz** auf die vielen ehrenamtlichen Helfer die das hauptamtliche Team im Jugendclub unterstützen, aufmerksam. Nachdem **Fr. Fiedler** den Vorschlag in Gänze verlesen hat, stimmen die Stadtverordneten diesem zu. Die Vergabe des Preises erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2015.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 6.3 Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an freie Träger für die Förderung im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge und der Integration der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/069

Da die vorgenommenen Änderungen nicht unbekannt sind, verzichtet **Hr. Politz** auf weitere Ausführungen und stellt sich für Fragen zur Verfügung.

Hr. Zänker hinterfragt, warum ein vorzeitiger Maßnahmebeginn vor Bescheiderteilung förderschädlich ist, worauf **Hr. Politz** auf das allgemeine Förderrecht verweist. Über Ausnahmefälle (Risikoentscheidung) entscheidet der Fördermittelgeber.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage zu dieser Drucksache aufgeführte geänderte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an freie Träger für die Förderung im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge und der Integration der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 6.4 Preisanpassung für die Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen 6/070

Die Preisanpassung zum 01.01.2015 für das Schulessen und für die Kita - Verpflegung wird zum einen mit der tariflichen Entwicklung (mit der Einführung des Mindestlohns) begründet.

Zur Preisanpassung bei der Kita – Verpflegung hat das Verwaltungsgericht Potsdam zum § 17 des Kindertagesstättengesetzes des Landes Brandenburg (KitaG) geurteilt. Im Gesetz heißt es:

„Die Personensorgeberechtigten haben Beiträge zu den Betriebskosten der Einrichtungen (Elternbeiträge) sowie einen Zuschuss zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen in Höhe der durchschnittlichen ersparten Eigenaufwendungen zu entrichten (Essengeld).“

Per Gerichtsentscheid sind alle Beträge über 1,70 €/Portion durch den Träger der Kita zu tragen. Das Verwaltungsgericht hat diesen Betrag per Urteil als Äquivalent für die durchschnittlichen ersparten Eigenaufwendungen legitimiert. Es wird vorgeschlagen, in den Kitas in städtischer Trägerschaft den Portionspreis für das Mittagessen in dieser Höhe zu begrenzen. Gleichzeitig hat der derzeitige Essensanbieter einen berechtigten Anspruch auf Ausgleich der entgangenen Einnahmen bis zur Höhe des kalkulierten Portionspreises von 1,87 €, d. h. 0,17 €/Portion.

Fr. Seiler bemängelt die Qualität des Essens und schlägt vor, über einen Anbieterwechsel nachzudenken. **Hr. Politz** geht auf das Ausschreibungsverfahren ein und versichert, dass alle Standards der deutschen Gesellschaft für Ernährung von der Firma Dussmann Service Deutschland GmbH eingehalten werden. Die Speisen werden Vorort und täglich frisch zubereitet.

Er weist auf bestehende Rückmeldesysteme zum Caterer hin, in denen z. B. Qualitätsmängel angebracht werden können. Leider werden diese Instrumente von den Einrichtungen nur unzureichend genutzt.

Bezüglich der Migrantenkinder fügt **Fr. Fiedler** an, dass weniger Schweinefleisch und mehr vegetarische Gerichte angeboten werden sollten, worauf **Hr. Politz** versichert, dass Alternativen bestellt werden können.

Beschlussvorschlag:

Dem Preisanpassungsbegehren der Dussmann Service Deutschland GmbH für Schulen und Kitas sowie der kalkulierten Preise wird grundsätzlich zugestimmt. Ab dem 01.01.2015 wird zu folgenden Brutto-Preisen als Elternanteil zur Verpflegung Einvernehmen erklärt:

Mittagessen für Schulkinder 1. – 6. Klasse	1,96 €/Portion
Mittagessen in Kitas	1,70 €/Portion
Frühstück bzw. Vesper in Kitas	0,86 €/Portion

Pro nachgewiesen verkaufter Mittagsportion in Kitas in städtischer Trägerschaft ist der Dussmann Service Deutschland GmbH ein Zuschuss von **0,17 €** zu zahlen.

Zustimmung Ja 11 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE "Schulsozialarbeit an Grundschulen 2015/2016"

Der Antrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 06. November 2014 in den Fachausschuss verwiesen. **Fr. Seiler** bringt den Sachverhalt ein.

Der **Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung** unterstützt den Antrag inhaltlich. Schulsozialarbeit ist zunehmend bereits in den Grundschulen erforderlich. In der jährlichen Abstimmungsrunde mit dem Jugendamt des Landkreises wurde dies bereits thematisiert. Da das Personalstellenprogramm des LOS bereits ausgeschöpft ist, geht das Jugendamt davon aus, ein eigenes gesondertes Förderprogramm aufzulegen. Dies ist bei optimistischer Betrachtung frühestens 2016 möglich. Die Umsetzung des Anliegens allein aus dem städtischen Haushalt dürfte kaum zu realisieren sein und ist bei der aufgezeigten Perspektive im Vorgriff auch nicht ratsam.

Hr. Politz rechnet auf:

Bei einer 32 h-Stelle a Grundschule (vier in städtischer Trägerschaft) wird ein Mehrbedarf in Höhe von 125.800 Euro pro Jahr benötigt, zuzüglich der zwei freien Grundschulen, d. h. ein jährlicher Mehrbedarf von insgesamt 191.548 Euro die im Haushalt einzustellen wären. Im Vergleich dazu beträgt die gesamte Zuschusssumme für die Kinder- und Jugendsozialarbeit (inklusive der Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen) 550.000 Euro.

Fr. Wagner weiß als Mitglied im Jugendhilfeausschuss und Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses des Landkreises zu berichten, dass der Landkreis erkannt hat, dass die Schulsozialarbeit an Grundschulen ein dringendes zu lösendes Problem ist. Sie stimmt dem Antrag inhaltlich zu, schlägt jedoch aus finanziellen Gründen vor, den Sachverhalt um ein Jahr aufzuschieben, bis sich der Landkreis dazu positioniert hat.

Fr. Fiedler ist der Meinung, dass die Schulsozialarbeiterstellen nicht zum Beginn eines Kalenderjahres sondern zum Schuljahresbeginn besetzt werden sollten, so dass es sich 2015 um fünf Monate handeln würde. Bei der Antragstellung ist die Fraktion auch davon ausgegangen, dass durch die Abgabe der beiden Oberschulen, die 4 Vollzeitstellen (2 Schulsekretärinnen und 2 Hausmeister) eingespart werden können. **Hr. Politz** stimmt dem zu, erinnert jedoch daran, dass aber die Schulkostenpauschale sowohl vom Landkreis als auch vom Land eingespart wird und auch im kommenden Jahr im Bereich Jugendpflege eine nicht unerhebliche Kostenprogression zu verzeichnen ist.

Im Sinne des Projektes bittet **Fr. Wagner** die Fraktion DIE LINKE einen Beschluss in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu erwirken und dazu dann zeitnah an den Landrat und Kreistag einen entsprechenden Antrag zu richten. Der **Fachgruppenleiter** bietet an, bei der Ausformulierung behilflich zu sein. Das Votum sollte zum einen den Grundgedanken, den konkreten Bedarf der Schulsozialarbeit an Grundschulen und zum anderen auch die Einbringung der finanziellen Mittel (Eigenmittel, Kofinanzierung) in den städtischen Haushalt beinhalten. Des Weiteren sollte dargestellt werden, welche freiwilligen Leistungen die Kommune im Kinder- und Jugendbereich bereits erwirkt hat.

In Abstimmung mit den anwesenden Mitgliedern der Fraktion schlägt **Fr. Fiedler** vor, heute über den vorliegenden Antrag nicht zu befinden. Der Vorschlag der Stadtverordneten Wagner wird angenommen und Hr. Politz gebeten, ein entsprechendes Schreiben für den Landkreis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten. Herr Teichmann nimmt die Verfahrensweise zur Kenntnis und wird dahingehend die TO ergänzen.

Fr. Miethke gibt zu Bedenken, dass die Schulsozialarbeiter Vollzeit beschäftigt und über einen eigenen Arbeitsbereich verfügen sollten, worauf **Hr. Politz** beispielhaft auf die Gegebenheiten an der Spree-Oberschule oder an der Juri-Gagarin-Oberschule verweist. Auch an den Grundschulen wird es Lösungen geben.

Hr. Politz ist bemüht die Formulierung den Stadtverordneten am Mittwoch den 10. Dezember 2014 auf elektronischem Weg zukommen zu lassen.

TOP 6.6 Bestätigung Sitzungsplan 2015

Die **Stadtverordneten** befinden über den Entwurf des Sitzungsplanes 2015 und empfehlen diesen der Stadtverordnetenversammlung.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 6.7 Aktueller Sachstand zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion "Vorverlegung Schwimmunterricht" vom 05.11.2014

Die SPD-Fraktion hat die Verwaltung beauftragt die Verlagerung des Schwimmunterrichts in die Jahrgangsstufen 1 und 2 in den jeweiligen Schulkonferenzen zu beantragen.

Im Ergebnis der Gespräche mit den Schulleitungen und der verantwortlichen Lehrerin für den Schwimmunterricht, ist eine Vorverlagerung nicht möglich, da der Rahmenlehrplan den Schwimmunterricht für die Jahrgangsstufe 3 vorgibt. Laut dem Brandenburgischen

Schulgesetz ist das Anliegen des Antrages kein zustimmungsfähiger Fakt für die Schulkonferenzen bzw. lässt das Gesetz kein Handlungsspielraum zu.

Hr. Politz bittet die SPD-Fraktion den Änderungsantrag in der Stadtverordnetenversammlung

zurückzunehmen und schlägt vor, den eigentlichen Beschluss: „Kinder im Alter zwischen 5 und 7 Jahren ab 2015 kostenfreie Schwimmkurse im angemessenen Umfang anzubieten und die Kosten zu übernehmen.“ umzusetzen.

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Keine

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Fr. Wagner informiert über einen Verkehrsunfall, der sich vor einiger Zeit in der Lise-Meitner-Straße ereignet hat. Ein LKW ist umgekippt und hat dabei seine Ladung verloren (Schotter). **Hr. Roch** nimmt den Sachverhalt zur Klärung auf.

Hr. Politz signalisiert, dass er Informationen für die Anwesenden hat, worauf die **Vorsitzende** ihn zu Wort bittet. Grundlage dafür war ein Gespräch mit dem Stadtverordneten Hr. Fischer im Vorfeld der Sitzung.

Der Fachgruppenleiter berichtet über mehrere Veranstaltungen (Open Space und Workshops) zum Thema Integration und Rechtsextremismus, das gerade durch die Neueinbürgerungen in Fürstenwalde an Bedeutung gewonnen hat. Hauptverantwortlich für die Aufnahme, Unterbringung und Integration ist der Landkreis, jedoch ist die Stadt der Ort an dem Integration z. B. durch die Gestaltung der Willkommenskultur stattfinden muss.

Beispielsweise ging aus der heutigen Beratung der AG Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit die Bitte an alle hervor, darüber nachzudenken, wie den Flüchtlingen und Asylbewerbern im Rahmen des Stadtfestes 2015 nah gebracht werden kann, dass sie in Fürstenwalde willkommen sind.

Hr. Hamacher beantragt Rederecht für **Hr. Fischer**.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Er berichtet beispielhaft von einer Veranstaltung „Transparenz und offener Umgang mit der Flüchtlings- und Asylbewerberthematik gegenüber den Bürgern“ in Müncheberg.

Aus dem bereits oben genannten Workshop ging nun der Vorschlag hervor, eine Einwohnerversammlung auch in Fürstenwalde einzuberufen. Dazu sollte der Landrat, der Bürgermeister, weitere Vertreter des Landkreises und der Kommune, die Feuerwehr und die Polizei, die Betreiber der Asylbewerberheime sowie der politische Raum eingeladen werden, um aufzuklären und präventiv Demonstrationen entgegen zu wirken.

Hr. Fischer schlägt vor, dies in einer der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu diskutieren und die Stadtverordnetenversammlung darüber entscheiden zu lassen.

Auf Anfrage von **Fr. Fiedler** bezüglich des Gleichstellungsbeirates bedauert auch **Fr. Wagner**, dass sich nur zwei Kandidaten zur Verfügung gestellt haben. **Fr. Fiedler** schlägt zum wiederholten Male vor, eine Informationsveranstaltung über die Arbeit im Beirat durchzuführen. **Fr. Wagner** ist der Meinung, dass auch Männer gut den Beirat ergänzen könnten.

Die AG Hauptsatzung hat empfohlen, dass sich die Fachausschüsse mit ihren Zuständigkeiten beschäftigen sollten. Auf Nachfrage der **Vorsitzenden** besteht bei den Stadtverordneten Bedarf. Es wird auf die TO der nächsten Sitzung aufgenommen.

Auf Anfragen an die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses stellt die **Vorsitzende** fest, dass außer der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der letzten Sitzung keine Sachverhalte seitens der Verwaltung und der Stadtverordneten für den nichtöffentlichen Teil vorliegen. Die **Stadtverordneten** erklären sich einverstanden, jetzt über die Niederschrift ohne Wortzusätze zu befinden.

Zustimmung zur Verfahrensweise Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der 4. Sitzung vom 16.10.2014 wird bestätigt.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Fr. Lehmann schließt um 20:14 Uhr die letzte Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen in diesem Kalenderjahr.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten. Es ist 1 Anlage beigefügt.

Karin Lehmann

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin

